

... Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jan Heller

Deutschland und Niederlande übernehmen ISAF-Führung

Auf Wunsch der Bundesregierung hat der UN-Sicherheitsrat einen Monat vor dessen Auslaufen das Mandat für die internationale ISAF-Schutztruppe um ein Jahr verlängert. Deutschland und die Niederlande werden spätestens am 15. Februar gemeinsam für sechs Monate das Kommando übernehmen. Beide Parlamente haben bereits zugestimmt. Erwartungsgemäß wurde das Mandat aber nicht über Kabul hinaus ausgeweitet, obwohl UN-Generalsekretär Kofi Annan die ISAF-Mandatserweiterung als „bestmögliches Instrument, die Sicherheit in ganz Afghanistan zu verbessern“ bezeichnet hatte. Auch die Karzai-Administration hatte dies befürwortet. Mit den USA hatte sie auch darauf gedrängt, daß

beide Länder für zwölf Monate zusagen. Die NATO-Staats- und Regierungschefs beschlossen bei ihrem Gipfeltreffen in Prag, die kommenden ISAF-Führungsmächte bei der Logistik, Truppenstationierung und beim Informationsaustausch zu unterstützen. Verteidigungsminister Peter Struck sagte, wenn Deutschland die ISAF-Führung übernehme, würden weitere 800 Soldaten das deutsche Kontingent verstärken. Die Übernahme der ISAF-Führung kostet Struck zufolge zusätzlich 89 Millionen Euro. Laut dem derzeitigen ISAF-Kommandeur Akin Zorlu wird die Truppe noch mindestens für zwei bis drei Jahre benötigt - bis die neue afghanische Armee voll ausgebildet ist.

Neue juristische Kommission

Staatschef Karzai hat am 2. November per Dekret eine neue „Kommission für Gesetzesreformen“ berufen. Ihre Mitglieder sind: Bahaudin Baha, Habibullah Ghalib, Dr. Habiburrahman Zakria, Dr. Atta Mohammed Noorzai, Abdul Ahad Ashrati, Dr. Abdul Qadir Amiryar, Mawlawi Mohammed Qazim, Frau Mehroo und Habiburrahman Ghani, fünf Paschtunen und vier Tajiken. Die im Juni gebildete Vorgängerkommission war auf Anraten der UN wegen Handlungsunfähigkeit aufgelöst worden. Sie hatte im wesentlichen aus Staatsbediensteten bestanden; nun gehören auch Exil-Afghanen dem Gremium an.

Verfassungskommission beginnt Arbeit

Ohne jedes Aufsehen und mehr als einen Monat zu spät hat Staatschef Hamed Karzai am 5. Oktober die Bildung einer Redaktionskommission bekanntgegeben, die bis Ende 2003 Afghanistans neue Verfassung ausarbeiten soll. Sie besteht aus neun Mitgliedern - sieben Männern und zwei Frauen unter Vorsitz des Vizepräsidenten Nematullah Shahrani - und soll später auf 30 bis 35 Mitglieder zur eigentlich geplanten Verfassungskommission, wie sie im Bonner Afghanistan-Abkommen vorgesehen ist, erweitert werden. Die Kommission hätte spätestens Ende August gebildet werden müssen. Aber auch bis zu ihrer Arbeitsaufnahme verging weitere kostbare Zeit: Da zu ihrer offiziellen Einsetzung erst die Rückkehr des ehemaligen Königs abgewartet wurde, der sich bei einem Auslandsaufenthalt verletzt hatte und behandelt

werden mußte, trat sie erstmals am 3. November zusammen. Schließlich fällt auch ihre finanzielle Ausstattung mager aus. So stellt UNDP der Kommission als „Starthilfe“ und für die Ausarbeitung eines „längerfristigen Arbeitsprogramms“ ganze 60.000 US-Dollar bereit. Das neue Gesetzeswerk soll Ende kommenden Jahres von einer Verfassungs-*Loya Jirga* bestätigt werden und dann die Verfassung des Königreichs Afghanistan von 1964 ablösen, die - ohne die die Staatsform betreffenden Paragraphen - auf der Afghanistan-Konferenz Ende 2001 auf dem Bonner Petersberg provisorisch wieder in Kraft gesetzt worden war.

Afghanische Demokraten befürchten nun, daß die Verfassung hinter verschlossenen formuliert werden wird. Vier im sogenannten „Rat der Verteidiger von Frieden und Demokratie“ (CDPD) zusammengeschlossene Gruppen verlangten

deshalb auf einem ersten öffentlichen Seminar in Kabul Mitte Oktober, daß die Kommission „einen Mechanismus etablieren“ solle, „der die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung der Verfassung erlaubt“. Zudem verlangen sie, daß in der neuen Verfassung soziale Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung, individuelle und soziale Freiheiten, „die essentielle Rolle der Menschenrechte“, Trennung der Staatsgewalten, Demokratie und Pluralismus sowie friedliche politische Auseinandersetzung als Prinzipien verankert werden. Sie wollen nicht, so ihr Sprecher Sebghatullah Sandshar, daß Afghanistan „hinter die 1964er Verfassung zurück fällt“.

Neben Shahrani gehören der Kommission Abdul Salam Azimi, Qazim Fazli, Rahim Sherzoy, Frau Mukarama, Musa Ashari, Musa Marufi, Frau Asifa Kakar und Sarwar Danish an.

EU mahnt rasche Wahlvorbereitung an

Der EU-Sondergesandte Francesc Vendrell hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert, „sehr viel schneller“ zu handeln, damit Afghanistans „Aussichten auf Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Auslandsinvestitionen nicht scheitern“. Ohne Gesetzesreformen, die den Weg für demokratische Wahlen bereiten, könnte das Land erneut dem „radikalen Islam zur Beute“ und „den miteinander verflochtenen Kräften von *Warlordismus* und Drogen zur Beute werden“. Vorbereitungen für die Wahlen 2004 müßten „so bald wie möglich“ beginnen. Es müsse noch sehr viel dafür getan werden, daß ein „ebenes Spielfeld für alle politischen Kräfte“ entsteht.

Masud-Mörder bald vor Gericht

Als ersten Schritt zu einer formellen Terrorismusanklage hat ein Staatsanwalt in Paris am 27. November Ermittlungen gegen fünf Algerier angeordnet, die eine Woche zuvor festgenommen worden waren. Darunter befindet sich der 25-jährige Ridouane Daoud, der im Juni aus einem niederländischen Gefängnis entkommen war und der in den Mord an Mujaheddin-Chef Ahmad Shah Masud am 9. September 2001 verwickelt gewesen sein soll. Alle fünf sollen der algerischen Organisation „Salafistische Gruppe für Aufruf (*Da'wa*) und Kampf“ angehören.

Gujur wieder nach Hause

Die UN hat zahlreichen Familien einer kleinen ethnischen Minderheit, den Gujur, die Rückkehr in ihre Heimat in der Provinz Baghlan ermöglicht. 97 Gujur-Familien waren in ein Lager bei Jalalabad geflohen, nachdem man ihnen ihre Häuser angezündet, ihnen den Zugang zum Markt verweigert und sie körperlich mißhandelt hatte. Die Behörden in Baghlan sicherten dem UNHCR die sichere Rückkehr der Gujur-Familien zu. In den Provinzen Tokhar, Baghlan und Badakhshan leben etwa 100.000 Angehörige dieser ethnischen Gruppe.

Erster Kriegsverbrecher vor Gericht

Mit Abdullah Shah ist in Afghanistan der erste Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Abdullah Shah, der in den 90er Jahren als Kommandant zur *Ittehad*-Fraktion des prosaudischen Theologie-Professors Abdul Rab Rasul Sayyaf gehörte, waren Vergewaltigung, Erpressung und der Mord an 50 Menschen zur Last gelegt worden. Bei einem Vorfall hatte er einen Überlandbus anzünden lassen, wobei 50 Menschen verbrannten. Später war er zur Islamischen Partei Hekmatyars gewechselt. Abdullah Shah gehörte zu den Männern von Kommandeur Zardad Faryadi in Sarobi, einer Distrikthauptstadt östlich von Kabul. Dort hatte Zardad an einer Straßensperre ein Schreckensregime errichtet, raubte Reisende aus, und wer sich wehrte - auf den hetzte er Abdullah Shah, zu dieser Zeit offenbar geistergestört. So soll dieser den Opfern mit den Zähnen ganze Fleischstücke aus den Gliedmaßen gerissen haben. Das brachte ihm den Spitznamen „Zardads Hund“ ein. Zardad war vor über einem Jahr von einem britischen Fernsichteam in London aufgespürt worden, wo er unter falschem Namen Asyl erhalten hatte. Die Affäre verlief aber später im Sande. Abdullah Shah waren nicht seine Untaten als Mujahed, sondern seine letzte Ehefrau zum Verhängnis geworden. Sie ging zum Gericht, weil sie fürchtete, Abdullah Shah würde sie wie seine anderen Frauen auch umbringen.

Der Prozeß hatte aber noch ein Nachspiel: Afghanistans Oberster Richter kassierte das Urteil wegen Formfehlern, ordnete eine Neuaufnahme und auch gleich die neue Strafe an: Todesurteil. Das wurde am 15. Oktober nach einem nur wenige Stunden dauernden Prozeß ausgesprochen und rief die Empörung internationaler Menschenrechtler hervor, die den Prozeß beobachtet hatten. Sie befürchten, daß der Prozeß aufgrund der skandalösen Begleitumstände dem Anliegen, Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, eher einen Bärendienst erwiesen habe.

Neue Opiumrekordernte

Afghanistan ist in der Opiummohndproduktion wieder auf dem Weg an die Spitze. Der UN-Beauftragte für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, erwartet eine Jahresproduktion von wahrscheinlich über 2.500 Tonnen Rohopium. Die UN-Organisation für Nahrung und Landwirtschaft (FAO) geht von 2.900 Tonnen aus, Antonio Maria Costa, Chef des UN-Büros für Drogen und Verbrechen, spricht sogar von über 3.700 Tonnen. Nach FAO-Angaben werden landesweit 90.000 Hektar mit Opiummohn bestellt, ebenfalls ein Rekord. Das US-Drogenkontrollbüro geht allerdings nur von etwa einem Drittel dessen aus. Brahimi sagte auf einer Drogenkonferenz in Kabul Mitte Oktober, damit werde Afghanistan wieder „einen Spitzenplatz unter den Exportländern“ einnehmen. Zur Begründung führte er an, daß viele afghanische Bauern keine Alternative zum Mohnanbau hätten. Im Jahr 2001, nach einem Totalverbot des Mohnanbaus durch die Taliban, waren in Afghanistan nur 185 t Rohopium hergestellt worden. Staatschef Karzai machte auf der Konferenz auch die unzureichende humanitäre Hilfe für sein Land verantwortlich. Er rief die Weltgemeinschaft auf, den Kampf gegen die Drogen und die Suche nach Alternativen für die Produzenten zur Priorität zu machen. 1999 lieferte Afghanistan mit 5.070 t Rohopium noch über 70 Prozent der Weltjahresproduktion. Ende des Monats erklärte Brahimi vor dem Weltsicherheitsrat, daß es vermutlich noch ein Jahrzehnt dauern werde, bevor die afghanische Drogenproduktion beseitigt werden könne. Auch die Karzai-Administration hatte nach ihrer Amtsübernahme den Mohnanbau verboten und die Zerstörung von Mohnfeldern bei gleichzeitiger Kompensationszahlung in Aussicht gestellt. Die Gouverneure von Nangrahar und Kandahar, den wichtigsten Anbaugebieten, stellten sich hinter das Verbot. In Lashkargah wurde Mitte November ein aus 200 Läden bestehender Rauschgiftbasar zerstört. Gegen das Anbauverbot erhob sich örtlich, vor allem im Osten des Landes, zum Teil bewaffneter Widerstand. Bauern beklagen, die zugesagte Entschädigung in Höhe von 350 US-Dollar pro *Jerib* (4 *Jerib* = 1 Hektar) nicht erhalten zu haben.

Erhalt des afghanisches Kulturerbes

Erstmals hat die Unesco eine historische Stätte in Afghanistan in ihre Welterbeliste aufgenommen: das aus dem 12. Jahrhundert stammende und vom Verfall bedrohte Minarett in Jam. Das berichtete die Neue Zürcher Zeitung in ihrer Ausgabe vom 10. Oktober. Dasselbe Glück hatten die beiden Buddha-Statuen von Bamian nicht, die die Taliban im März vorigen Jahres zerstörten. Die USA hatten in den 80er Jahren aus politischen Gründen einen Antrag der prosowjetischen Regierung Karmal in dieser Sache verschleppt. Nun gibt es Bemühungen, die zerstörten Statuen wieder aufzubauen. Dies wird vor allem vom afghanischen Bildhauer Amanullah Haiderzad und dem Schweizer Leiter des Afghanistan-Museums in Bubendorf, Paul Bucherer, betrieben. Der Schweizer Nachrichtenagentur sda vom 22. Oktober zu Folge seien Wissenschaftler „zum Schluß gekommen, daß zumindest die größere der beiden Statuen aus den vorhandenen Trümmern wieder zusammengesetzt werden kann“. Auch Staatschef Karzai hatte im *Loya-Jirga*-Wahlkampf in Bamian den Wiederaufbau zugesagt. Das Vorhaben ist aber umstritten. Vor allem die Unesco war bisher skeptisch. Nun bewilligte sie zunächst die Gründung eines internationalen Komitees, das sich mit dem Schutz afghanischer Kulturgüter auseinandersetzen und die anfallenden Aufgaben koordinieren soll, das sein erstes Treffen in München durchführte. Nach UN-Angaben hat Japan der Unesco bereits 700.000 Dollar für die Sicherung des Buddha-Standorts zugesagt, mit deren Hilfe der obere Bereich der Klippen stabilisiert und Ausgrabungen vorgenommen werden sollen. Im Mai hatte noch eine Konferenz mit 50 internationalen und einheimischen Archäologen in Kabul beschlossen, die Buddhas nicht wieder auf-

zubauen, so der Vizegeneraldirektor für Kultur der UNESCO, Mounir Bouchenaki, damals auf einer Pressekonferenz. UNESCO-*Goodwill*-Botschafter Ikuo Hirayama meinte, er würde es vorziehen, die Ruinen der Statuen als Mahnmal der „menschlichen Barbarei“ zu erhalten. Die endgültige Entscheidung über den Wiederaufbau soll jedoch dem afghanischen Volk überlassen bleiben. Auf derselben Konferenz wurde beschlossen, das Kabuler Museum wieder aufzubauen. Griechenland will die Mittel dafür bereitstellen. Die Agha-Khan-Stiftung ihrerseits will ein kulturhistorisch wichtiges, aber vernachlässigtes Kabuler Stadtgebiet, das Viertel um das Grabmal von Timur Shah, wiederherstellen. Von einem US-Zuschuß von 25.000 Dollar wird auf dem Gelände der Universität Kabul das Denkmal für den berühmten islamisch-reformistischen Denker des 19. Jahrhunderts, Sayyid Jamaluddin Afghani, wiederhergestellt. Es war bei Kämpfen in den 90er Jahren stark beschädigt worden. Ein Teil des Geldes soll auch für Reparaturarbeiten an den Fakultätsgebäuden für Ingenieurwesen und für Feine Künste verwendet werden. Die Kabuler *Shah-e Du Shamsbira*-Moschee wurde nach Reparaturarbeiten wieder eröffnet, die das türkische ISAF-Kontingent bezahlte.

Aus eigenen Mitteln will hingegen die Stadt Kandahar bis kommenden März den Schrein mit einem Umhang des Propheten Muhammed restaurieren. Die dafür nötigen Mittel in Höhe von einer Million US-Dollar sollen aus Zoll- und Steuereinnahmen aufgebracht werden. „Wir wollen den Vereinten Nationen und internationalen Gebern zeigen, daß wir nicht untätig herumsitzen und zuschauen“, so Khalid Pashtun, Sprecher von Gouverneur Gul Agha Sherzai.

Karzai: Dörfer wieder aufbauen, Kulturerbe bewahren

Staatschef Hamid Karzai hat dazu aufgerufen, Dörfer im Innern Afghanistans wieder aufzubauen, um die Lebensverhältnisse in der stark zerstörten, überfüllten und zunehmend luftverschmutzten Hauptstadt Kabul zu erleichtern. Die Bevölkerung Kabuls wird derzeit auf etwa

drei Millionen Menschen geschätzt. In einer Rede auf einer Konferenz über Stadtplanung im Oktober rief Karzai ebenfalls dazu auf, das Kulturerbe des Landes zu schützen. Anfang November beschlagnahmten afghanische Behörden

„Atmosphäre der Angst“ außerhalb Kabuls

Asma Jahangir, UN-Sonderberichterstatterin über extralegale, Massen- und willkürliche Hinrichtungen, hat bei einem Besuch in Afghanistan zur Bildung einer unabhängigen internationalen Kommission zur Untersuchung und Dokumentation von Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des 23-jährigen Konflikts aufgerufen. Dies wäre ein erster Schritt zu einem Mechanismus, mit dessen Hilfe die Verantwortlichen der Gerechtigkeit zugeführt werden könnten. Der Teufelskreis der Gewalt könne nicht beendet werden, solange Straflosigkeit herrsche, sagte sie. Nach Besuchen in Herat, Kandahar, Mazar-e Sharif and Paghman sagte sie, es sei ihr Eindruck, daß Massenezekutionen gegenüber der Talban-Zeit „dramatisch“ zurückgegangen seien. „Jedoch hält eine Atmosphäre der Angst an, besonders in Gebieten außerhalb Kabuls“, fügte die prominente pakistanische Menschenrechtlerin hinzu.

Private Waffenlieferung an Marschall Fahim

100 Tonnen russische Waffen und Munition sind per Lufttransport nach Kunduz geliefert und an Abgesandte von Verteidigungsminister Marschall Fahim übergeben und ins Panjshir-Tal gebracht worden, berichtete die pakistanische Tageszeitung *Frontier Post* am 23. November. Quellen in Kabul bestätigten, daß Staatschef Karzai über die Lieferung nicht informiert war. Die *Frontier Post* berichtete weiter, daß Fahim 2.000 Panjshiris ausgewählt habe, die in Indien und Rußland ein militärisches Kommando-training absolvieren sollen.

erstmalig eine größere Menge von Kunstschätzen, die außer Landes gebracht werden sollten, berichtet die Regierungszeitung *Arman-e Melli*. In Logar fiel ihnen eine ganze Lastwagenladung im Gesamtwert von 150.000 Euro in die Hände.

Militanter Islamismus im Aufwind

Islamistische Kräfte haben in mehreren Provinzen Anschläge auf Mädchenschulen verübt. Anfang Oktober brannten Unbekannte drei Schulen in der Provinz Zabul nieder, Ende des Monats zwei weitere in Maidanshahr und Jalrez (Wardak) nahe Kabul sowie eine in Sar-e Pul im Norden des Landes. Dort erzwangen Drohungen auch die Schließung der *Bibi Fatima Ul Sabras-Schule*, die 1.300 Mädchen besuchen. Vor einer weiteren Schule in Wardak explodierte eine Bombe, ohne jemanden zu verletzen oder Sachschaden anzurichten. Der Unterrichtsbetrieb konnte nach einigen Tagen wieder aufgenommen werden.

Am 21. Oktober warfen Unbekannte Handgranaten in eine Hochzeitsfeier im Distrikt Paghman bei Kabul und töteten zwei Menschen, darunter den Sänger der Hochzeitskapelle. Dem habe der Anschlag auch gegolten, hieß es aus Behördenkreisen. Einige Tage später nahmen Polizisten im Shimali-Gebiet nördlich von Kabul zwei weitere Musiker fest, mißhandelten sie stundenlang und drohten, Bomben auf ihr Büro zu werfen, sollten sie weiter gegen ein örtliches Musikverbot verstoßen.

Im November bestätigte auch Herats

„Afghan University“ zieht nach Khost

Die *Afghan University* in Peshawar ist auf Anordnung Hamid Karzais in die ostafghanische Provinzhauptstadt Khost verlegt und dort Anfang November wieder eröffnet worden. 1999 aus dem Zusammenschluß von vier exilafghanischen Hochschulen hervorgegangen, verfügt die Universität heute über vier Fakultäten - Medizin, Recht, Literatur und Journalismus - mit über 100 Dozenten. Studentinnen machten einen Großteil der Hörer aus. Die Verlegung in das konservative Khost, befürchten Kritiker, könne die Möglichkeiten für weibliche Studenten

„Kampf der Kulturen“ schon begonnen

Samuel Huntington hat einen Verbündeten gefunden. Ex-Mujaheddin-Chef Gulbuddin Hekmatyar sagte der Zeitung *al-Hayat* in einem Interview am

Gouverneur Ismail Khan eine *Fatwa* eines muslimischen Geistlichen, wonach Feiern in Hotels und Restaurants, bei denen Musik gespielt und getanzt werde und Männer und Frauen miteinander redeten, gesetzwidrig seien. Selbst bei Feiern zu Hause ist es verboten zu tanzen, berichtete die afghanische Zeitung *Anis* in ihrer Ausgabe vom 13. November. „Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie Bräutigam und Braut zu indischer Musik getanzt haben. Das ist keine afghanische Kultur, sondern westliche“, zitierte die Zeitung Ismail Khan. Die Menschen sollten nur geistliche Musik und Lieder über den Heiligen Krieg hören, fügte er hinzu. Im November bekannte sich eine sogenannte „Rote Mujaheddin-Armee“ zu zahlreichen Angriffen auf US- und ISAF-Truppen in den Provinzen Kost, Kunar, Kabul, Paktia, Nangarhar und Kandahar. Für die Anschläge auf die Schulen und den gescheiterten Autobombenanschlag auf Staatschef Karzai Anfang September machte die Terrororganisation jedoch Ex-Taliban verantwortlich. Die pakistanische Zeitung *The News* veröffentlichte ihr Schreiben in Auszügen am 10. November. Staatschef Karzai wird darin als „Marionette des Westens“ bezeichnet.

einschränken. Hintergrund der Entscheidung Karzais sind offenbar Forderungen aus der südostafghanischen Region nach einer eigenen Universität.

Eine Universität Khost hatte bisher nur auf dem Papier existiert. Nach Protesten erlaubte Kabul es den Studenten aus Peshawar aber schließlich, sich auch in anderen Städten einzuschreiben. Das führte unter anderem zu einer weiteren Verschärfung der Lage im völlig überfüllten Wohnheim der Universität Kabul, was sich im November in Studentenprotesten entlud.

4. November: „Ja, der Krieg zwischen den Kulturen hat wirklich begonnen, und dieser Krieg wird für immer andauern.“

Nach den Studentenunruhen

Hochschulminister Muhammad Sharif Fayeze hat in einem Interview mit der Kabuler Zeitung *Sarabat* seinen Rücktritt angeboten, wenn ein „Referendum“ unter den Studenten der Kabuler Universität dies ergäbe. Er sagte, er habe den Schußwaffeneinsatz der Polizei gegen die protestierenden Studenten abgelehnt, wiederholte aber auch Anschuldigungen, es existierten *al-Qaida*-Agenten in der medizinischen Fakultät. Er sprach sich dafür aus, daß die Studenten sich aus der Politik heraushalten und einen unabhängigen Studentenverband gründen sollten. In der gleichen Ausgabe sagte Safaruddin Feroz, der als Student des vierten Studienjahres an der Ingenieur-Fakultät und „Hauptvertreter“ der Studenten im Wohnheim vorgestellt wird, daß die erste Demonstration nicht geplant gewesen sei. Er warf Minister Fayeze vor, bei einem vorgegangenen Treffen nicht auf die vorgebrachten Probleme der Studenten eingegangen zu sein.

Neuer Afghani eingeführt

Banknoten des neuen Afghani wurden erstmals am ersten Jahrestag des Kriegsbegins am 7. Oktober ausgegeben. Dabei kam es an den Ausgabestellen zu tumultartigen Szenen. Ein neuer Afghani ist 1.000 alte wert und wurde nach der Neueinführung gegenüber dem US-Dollar mit 47:1 gehandelt. Spekulationen an den Geldmärkten in Afghanistan und Pakistan drückten aber schnell den Wert der Währung auf 73:1. Aus Kabul berichteten Augenzeugen von verbreitetem Mißtrauen gegenüber der neuen Währung. Besonders kleine Scheine werden nach der langen Erfahrung mit zahlreichen Nullen hinter den Preisen nur skeptisch verwendet. Zentralbankchef Anwar-ul-Haq Ahady geht davon aus, daß 13.000 bis 14.000 Milliarden alte Afghani im Umlauf waren. Mit dem Umtausch - nach einer vorgesehenen zweimonatigen Übergangszeit, die wegen logistischer Probleme noch einmal um einen Monat verlängert wurde - werden sowohl der „Kabuler“ als auch der in Mazar und anderen Nordgebieten verwendete *Jombeshi*-Afghani ungültig

EU-Innenminister wollen afghanische Flüchtlinge „rückführen“

Die EU-Innen- und Justizminister haben am 15. Oktober in Luxemburg vereinbart, mit der Rückführung afghanischer Flüchtlinge „in erster Linie“ auf freiwilliger Basis zu beginnen. „Aber wir können zwangsweise Rückführungen nicht ausschließen, weil es sonst keine freiwillige Rückkehr geben würde“, sagte der dänische EU-Ratsvorsitzende Bertel Haarder. Rund 400.000 Flüchtlinge aus Afghanistan, die in EU-Ländern leben, sollen demnach bis zum kommenden Frühjahr in ihre Heimat zurückgebracht werden. Einige Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Großbritannien haben mit der Karzai-Administration bereits bilaterale Abkommen zur Rückführung abgeschlossen. Im November beschlossen die Innenminister dann ein mit 17 Millionen Euro ausgestattetes Rückkehrerprogramm. Das Geld solle für die Information der Betrof-

fenen, die Aufnahme und den Transport in Afghanistan sowie für die Schaffung von Arbeit und Wohnraum verwendet werden. Die Rückkehr solle im kommenden April mit zunächst 1.500 Menschen monatlich beginnen, sagte Haarder. Flüchtlingsminister Inayatullah Nazari hatte kürzlich gewarnt, daß Probleme für Rückkehrer einen neuen Exodus aus Afghanistan auslösen könnten, wenn sie von der Aussicht desillusioniert würden, in ein Leben in Slums zurückkehren zu müssen. Das Außenministerium in Islamabad hatte am 18. November bekanntgegeben, daß 300.000 afghanische Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten in ihre Heimat zurückgekehrt waren, vor dem Winter und wegen fehlender Behausungen und Arbeitsmöglichkeiten erneut nach Pakistan geflohen seien. UNHCR bestätigte diesen Trend.

Neue Massengräber entdeckt

Mindestens sieben neue Massengräber mit den Überresten von insgesamt 350 Menschen sind im Oktober in Nordafghanistan entdeckt worden. Bei den Opfern, die in der Nähe von Mazar-e Sharif gefunden wurden, handelt sich nach Vermutungen aus dem Umkreis des örtlichen *Warlords* Abdul Rashid Dostum um Hazaras. 1998 hatten die Taliban bei der Eroberung der Stadt Massenhinrichtungen an Hazaras verübt.

Der britische Tageszeitung *The Guardian* berichtete am 19. November, daß Abdul Rashid Dostum Zeugen foltern ließ, um zu verhindern, daß sie gegen ihn im Falle von Kriegsverbrechen an gefangenen Taliban aussagen. Zeugen hatten berichtet, daß Dostums Truppen für die Folterung und Ermordung von 1.000 Gefangenen im Gefängnis von Shiberghan nach dem Fall des Taliban-Regimes Ende 2001 verantwortlich seien und US-Soldaten dies beobachtet hätten. Die Toten waren in der Wüste *Dasht-e Leila* verscharrt worden. Ein irischer Dokumentarfilmer entdeckte sie dort. Die US-Menschenrechtsorganisation *Physicians for Human Rights* geht sogar von 3.000 bis 8.000 Getöteten aus. Dostums Sprecher Faizullah Zaki bestritt die Vorwürfe.

Bush: „Wir stehen zu Afghanistan“

Vor dem Hintergrund eines heraufziehenden Irak-Krieges hat US-Präsident George W. Bush am 11. Oktober afghanischen Besuchern im Weißen Haus dauerhafte Unterstützung beim Wiederaufbau versprochen. Es bleibe „noch eine Menge zu tun, um unsere Träume und - noch wichtiger - die Träume der Afghanen zu verwirklichen“, wurde er in Presseberichten zitiert. Die USA stünden weiterhin voll zu einer afghanischen „Zukunft des Fortschritts und der Stabilität“. Bei einem Besuch in Kabul im November erklärte Finanzminister Paul O'Neill, daß Washingtons Politikänderung weg von militärischen Operationen hin zu Wiederaufbau nicht bedeute, daß Afghanistan keine Priorität mehr sei. Präsident Bush habe sich verpflichtet, „daß wir hierher kommen und die Taliban beseitigen und daß wir dem afghanischen Volk helfen, eine zivile und gerechte Gesellschaft aufzubauen.“ Der Befehlshaber der US-Streitkräfte, Tommy Franks, erklärte am 29. November, der US-Militäreinsatz werde so lange andauern wie erforderlich. Es sei zwar bereits viel erreicht worden, aber es müsse verhindert werden, daß der Terrorismus erneut Wurzeln schlage.

Straßenbauprojekte beginnen

Als erstes größeres, Arbeitsplätze schaffendes Infrastrukturprojekt begannen Anfang November die Reparaturarbeiten an der 1.200 Kilometer langen Ringstrasse Kabul-Kandahar-Kabul. Das 250-Millionen-US-Dollar-Projekt wird gemeinsam von den Regierungen der USA, Japans und Saudi-Arabiens finanziert und soll etwa drei Jahre in Anspruch nehmen. Bereits im Oktober begannen Ingenieure mit Reparaturarbeiten am Salang-Tunnel, der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung in Afghanistan. Die Straßendecke im vor dem Krieg von der Sowjetunion gebauten, etwa 3.000 Meter langen Tunnel ist nach Augenzeugenberichten in gutem Zustand, von Zerstörungen an beiden Zufahrten abgesehen. Problematisch ist die Entlüftung: Im vergangenen Winter waren zahlreiche Menschen bei Staus in dem Tunnel erstickt. Staatschef Karzai setzte 25 Kilometer südlich Kabuls persönlich den ersten Spatenstich.

Irans Transportminister Ahmad Khorram teilte dem afghanischen Finanzminister Ashraf Ghani am 19. November mit, daß sein Land interessiert sei, eine Straßenverbindung zwischen Iran und Tadjikistan durch Afghanistan zu bauen. Iran arbeitet bereits am Straßenabschnitt zwischen Herat und Islamqala an der gemeinsamen Grenze.

Ablösung Ismail Khans verlangt

Nach sporadischen Kämpfen in Shindand und Ghorian bei Herat haben örtliche Pashtunenvertreter Staatschef Karzai aufgefordert, den örtlichen Gouverneur Ismail Khan abzulösen und „die Herrschaft des Gewehrs“ im Land zu beenden. Zweimal entsandte der örtliche Pashtunenführer Amanullah Khan Delegationen mit dieser Forderung nach Kabul, nachdem Ismail Khans Truppen mit Panzerunterstützung versucht hatten, ihn aus seiner Hochburg in Zerkoh zu vertreiben. Beim Beschuß des *Juma Bazar* im Zentrum von Zerkoh, waren Anfang November zwei Menschen getötet und mehr als ein Dutzend Menschen verletzt worden. Amanullah beschuldigte Iran, Ismail Khan in den Auseinandersetzungen mit Waffen zu unterstützen.

Karzai erhält umstrittene Body Guards

Die USA haben Ende November ihre *Special Forces*-Soldaten aus der Leibwache von Staatschef Karzai abgezogen und, wie angekündigt, durch einen der „kontroversten privaten militärischen Sicherheitsdienste Amerikas“ ersetzt. Der britischen Zeitung *Observer* vom 24. November zufolge war die fragliche Sicherheitsfirma *DynCorp*, einer der Hauptsponsoren von Präsident Bushs Wahlkampf, in eine Reihe von Skandalen verwickelt: Sie umfassten den Handel mit minderjährigen Prostituierten, die Videoaufzeichnung einer Vergewaltigung in Bosnien und den Abschluß eines Flugzeugs mit US-Missionaren in Kolumbien, wo *DynCorp* im Auftrag der CIA arbeitete.

Krieg kostet 12,6 Milliarden Dollar

Nach Angaben des Pentagon kostete der Krieg in Afghanistan die US-Streitkräfte allein 2002 12,6 Milliarden US-Dollar. Für 2003 belaufen sich die Schätzungen auf monatlich rund 600 bis 750 Millionen US-

Politikwechsel in den USA?

Der *New York Times* zufolge tritt die US-Politik in Afghanistan in eine neue Phase ein. Sie zitierte in ihrer Ausgabe vom 12. November den Vorsitzenden der *Joint Chiefs of Staff* der US-Armee, General Richard Myers, der bei einer Rede im *Brookings Institut* in Washington am 4. November erklärt hatte, die Priorität gehe nun von der Suche nach Überresten von *al-Qaida* und den Taliban zur Gewährleistung allgemeiner Sicherheit und Straßenbau über, zumindest in „drei Vierteln“ des Landes. Am 14. November billigte der US-Senat den so genannten *Afghanistan Freedom Support Act*, der über die nächsten vier Jahre 3,3 Milliarden US-Dollar an ökonomischer, politischer, humanitärer und Sicherheitshilfe zur Verfügung stellt. Außerdem fordert der Gesetzesakt Präsident Bush auf, „den ganzen diplomatischen Einfluß der USA zu nutzen“, ISAF über Kabul hinaus auszudehnen, indem sie „im UN-Sicherheitsrat eine Resolution sponsert, die eine solche Ausdehnung autorisiert“. Am 16. November erklärte daraufhin der Afghanistan-Gesandte der

Waffenschmuggel-Smaragde für den Wiederaufbau?

Wie frei nach der Devise „Smaragde für Waffengeschäfte“ der schwunghafte Handel mit Edelsteinen aus dem Panjshir-Tal funktioniert, hat kürzlich Rashid Mohammadi, ein Schwager des ermordeten Mujaheddin-Führers Ahmad Shah Masud, dem Internetdienst *Eurasia online* geschildert.

Von Dubau aus habe er mit einem „Geheimdienstler der Nordallianz und Gouverneur des Panjshir“ (wahrscheinlich Fahim - Anm. d. Red.) ein Handelsnetzwerk geknüpft. Er habe für die Nordallianz „den Markt organisiert“. Hauptabnehmer sei eine polnische Firma namens *Intercommerce* gewesen. „Wir haben niemals gewußt, was die polnische Firma mit unseren Smaragden

gemacht hat“, so Mohammadi, „aber Edelsteinexperten aus den USA, Frankreich und Polen, die unsere Minen besucht haben, sagten uns, daß der Panjshir-Smaragd von besserer Qualität und Farbe als der kolumbianische sei. Ich glaube nicht, daß sie jemals als afghanische Smaragde verkauft worden sind“. Kolumbianische Händler hätten den Polen hohe Schweigegelder gezahlt, so der Online-Dienst weiter. Außenminister Dr. Abdullah gab *Eurasia* zufolge an, der Handel habe der Nordallianz fünf Millionen US-Dollar eingebracht. Im Panjshir existieren 80 bis 100 Smaragdminen. Mohammadi hofft nun, daß er diesmal „Smaragde für den Wiederaufbau“ verkaufen könne.

Keine Waffen mehr für Warlords?

Nach kritischen Medienberichten haben die US-Streitkräfte in Afghanistan nach eigenen Angaben ihre Praxis aufgegeben, konfiszierte Waffen an mit ihnen kooperierende *Warlords* weiterzugeben. Deren Sprecher, Oberst Roger King, hatte das gegenüber der Nachrichtenagentur AP am 16. Oktober noch mit den Worten verteidigt: „Wenn man Kräfte hat, die in Kontakt mit dem Feind sind oder mit dem Feind in Kontakt kommen können, müssen sie adäquate Waffen haben.“ Kritiker fürchten, daß damit zugunsten privater Milizen Versuche unterminiert würden, eine nationale Armee aufzubauen. Das *U.S. Central Command*, dem die Truppen in Afghanistan unterstehen, ließ verlauten, es sehe keinen Widerspruch zwischen einer Bewaffnung von *Warlords* und der Stärkung der nationalen Regierung. Karzais Kabinettschef Sayyid Tayib Jawad erklärte dagegen: „Wir würden es wirklich gern sehen, wenn all diese Waffen eingesammelt und an das Verteidigungsministerium überstellt würden.“ Dessen Chef, Marschall Fahim, wird allerdings von unabhängigen Beobachtern ebenfalls beschuldigt, den Aufbau einer unparteiischen Armee verhindern zu wollen. „Fahim selbst befiehlt eine private Miliz und man geht davon aus, daß er übergroße Waffendepots im Panjshir-Tal verfügt“, schrieb AP dazu.

Weiter US-Zusammenarbeit mit Warlords

Trotz verübter Menschenrechtsverletzungen wird das US-Militär weiter mit afghanischen *Warlords* zusammen arbeiten. Ihr Befehlshaber General Dan McNeill erklärte in einem Interview mit der *Los Angeles Times* am 4. November, daß diese in Abwesenheit einer starken Zentralregierung Stabilität und Sicherheit garantierten. Er sagte, daß er die „regionalen Führer“, wie die offizielle US-Terminologie für *Warlords* nun lautet, aufgefordert habe, Menschenrechte zu respektieren und die Kabuler Regierung zu unterstützen. Sie würden weiter US-Unterstützung erhalten, bis eine lebensfähige nationale Armee aufgebaut sei. Auch ISAF-Kommandeur General Hilmi Akin Zorlu stellte sich hinter die *Warlords*. „Sie müssen innerhalb des (Friedens-) Prozesses sein, nicht außerhalb des Prozesses“, sagte er während eines Besuchs in Washington. Beide reagierten auf

einen Bericht der amerikanischen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*, die dem Herater Gouverneur Ismail Khan Folter und Verfolgung von politisch Andersdenkenden sowie von Angehörigen der paschtunischen Minderheit vorgeworfen hatte. Auch Justizminister Abdul Rahim Karimi hatte dem Sender *Voice of America* gesagt, daß Richter in von *Warlords* kontrollierten Gebieten nicht „fair“ Recht sprechen könnten und die gerichtliche Gewalt oft bei *Warlords* liege.

In einem neuen Buch des Starreporters der *Washington Post*, Bob Woodward, heißt es, der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA habe insgesamt 70 Millionen US-Dollar an afghanische *Warlords* gezahlt, damit diese den Kampf gegen die Taliban unterstützten. Präsident Bush habe dies als „Geschäft“ gebilligt.

700.000 Kämpfer?

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA, der ISAF und der afghanischen Übergangsadministration über die Mannschaftsstärke der künftigen afghanischen Nationalarmee sind nach wie vor nicht ausgeräumt. Während die westlichen Beteiligten für nicht mehr als 80.000 Mann Mittel bereit stellen wollen, besteht die afghanische Seite auf 200.000 Soldaten. Außenminister Abdullah Abdullah sprach bei einer Vorlesung am *Center for Strategic and International Studies* in den USA am 21. Oktober sogar von 700.000 Bewaffneten, die zu demobilisieren seien. Dabei handelt es sich offensichtlich um einen Versuch, weiter Druck auf die internationale Gemeinschaft auszuüben, eine höhere Sollstärke zu akzeptieren.

Der Plan der internationalen Gemeinschaft sieht Streitkräfte von 60.000 Mann vor (nach Angaben von USA Today

70.000) plus 8.000 Mann Luftwaffe und 12.000 Grenzsoldaten. Darüber hinaus soll eine 70.000 Mann starke Polizei aufgebaut werden. Im ersten Jahr waren hierfür etwa 300 Millionen US-Dollar vorgesehen. Im letzten UN-Bericht zu Afghanistan stellt Generalsekretär Kof Annan fest: „Um sicherzustellen, daß die neue Armee tatsächlich zu den nationalen Streitkräften Afghanistans und nicht nur zu einer weiteren Miliz unter vielen werde, sei es unerlässlich, die zahlreichen existierenden Privatarmeen aufzulösen und ihre Mitglieder zu demobilisieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren.“

Im Rahmen der Bonner Petersberg-Konferenz am 2. Dezember ordnete Präsident Karzai schließlich per Dekret die Aufstellung einer 70.000 Soldaten umfassenden Armee an.

Selbstverbrennungen nehmen zu

Über 100 Fälle von Selbstverbrennungen, besonders von jungen Frauen, hat das Krankenhaus in Heart in diesem Jahr aufgenommen. Das berichtete die *Los Angeles Times* am 17. November. Obwohl keine Statistiken darüber vorliegen, gehen Ärz-

te von einem Anstieg und drei Neuaufnahmen pro Woche aus. Die typischen Opfer seien zwischen 14 und 20 Jahren alt und versuchten, arrangierten Ehen zu entgehen, oft mit älteren Männern, die bereits mindestens eine Frau hätten.

Erste Freilassungen in Guantanamo

Erstmals haben die USA Ende Oktober vier Häftlinge - drei Pakistani und einen Afghanen - aus dem Gefangenenlager *Guantanamo Bay* auf Kuba freigelassen. Es habe sich herausgestellt, daß die Betroffenen keine Verbindung zum Terrorismus hätten und keine Gefahr für die USA darstellten, sagte eine US-Sprecherin. „Wir haben nicht den Wunsch, eine große Zahl dieser Leute über einen langen Zeitraum in *Guantanamo Bay* festzuhalten“, erklärte die Sprecherin, bestätigte aber zugleich, daß erstmals seit August wieder eine neue Gruppe von Gefangenen in dem Lager eingetroffen sei. Damit befinden sich nach den Worten der Sprecherin jetzt „ungefähr 625“ mutmaßliche *al-Qaida*-oder Taliban-Mitglieder in dem Lager. Bei der Ankunft der Freigelassenen stellte sich heraus, daß es sich bei zweien von ihnen um Greise handelte, die teilweise verwirrt waren. Ein weiterer Pakistani bestritt, daß er zu *al-Qaida* gehört habe. Die pakistanische Zeitung *Daily Times* berichtete aber unter Berufung auf eigene Recherchen, daß er einer militanten Gruppe in Pakistan angehört habe.

Ausgangssperre beendet

Nach mehr als zwei Jahrzehnten hat das Kabuler Innenministerium am 3. November die bislang geltende nächtliche Ausgangssperre für Kabul aufgehoben. Laut ISAF-Kommandeur General Hilmi Akin Zorlu habe sich seitdem die Kriminalitätsrate nicht erhöht.

Gute Weltbank-Noten für ATA

Nach Treffen mit Präsident Karzai, Finanzminister Ashraf Ghani und dem Minister für Ländliche Entwicklung, Hanif Atmar, anderen Ministern und Geschäftsleuten hat Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern sich hinter Afghanistans Entwicklungsstrategie mit ihrem Schwerpunkt auf den Privatsektor und „*community empowerment*“ gestellt. „Afghanistans Führung strebt danach, eine effektive und berechenbare Regierung aus den Ruinen von mehr als zwei Jahrzehnten Krieg und Zerstörung aufzubauen“, lobte er.

Kopftuchkontroverse

Berichte, daß eine Richterin am Obersten Gericht entlassen wurde, nachdem sie bei einem Treffen mit US-Präsident George W. Bush ohne Kopftuch fotografiert worden war, sind von ihr selbst demontiert worden. Marsia Basir erklärte in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung *Corriere della Sera* später, daß sie um unbezahlten Urlaub gebeten habe. Nach ihrer Rückkehr habe sie jemand anders an ihrem Arbeitsplatz vorgefunden.

Sie habe sich aber schon vor ihrer Reise in die USA zu einem Weiterbildungskurs mit 14 anderen Afghaninnen entschlossen, um ihre Arbeit am Gericht aufzubegeben. Der Vizepräsident des Gerichts, Fazl Ahmad Manawi, der als *Hardliner* bekannt ist, erklärte, er wisse nichts von einer Entlassung der Richterin, forderte die afghanischen Frauen aber auf, die „islamische Kleiderordnung“ im In- und Ausland zu befolgen.

Vietnam und Thailand helfen

Vietnam hat über die UNESCO unter anderem 1,8 Millionen Lehrbücher, eine Million Kugelschreiber und 19.000 Badmintonschläger im Wert von 300.000 Dollar für Schulkinder in Afghanistan bereitgestellt. Thailand will zudem 1.000 Soldaten für die ISAF-Truppen stellen und sich an Vorhaben im Bau- und Gesundheitswesen sowie bei der Umwandlung von Drogenplantagen beteiligen.

Kabul zieht meiste Rückkehrer an

600.000 der etwa 1,8 Millionen afghanischen Rückkehrer sind nach Kabul gekommen, teilte der türkische ISAF-Kommandeur General Hilmi Akin Zorlu mit. Der Minister für ländliche Entwicklung, Hanif Atmar, erklärte, daß etwa 1,7 Millionen Afghanen dringend Nahrungsmittelhilfe benötigten und zwischen 100.000 und 500.000 der Rückkehrer keinen Wohnraum haben.

Entlassungen

Die afghanische Regierung hat nach Beschwerden knapp 20 hohe Beamte in mehreren Provinzen des Landes wegen Korruption, Gesetzesverstößen, Mißbrauch ihrer Position und Drogenschmuggel entlassen, darunter Kandahars Sicherheitschef Gulalai, der sich zunächst weigerte, seinen Posten zu verlassen und daraufhin Ende November festgenom-

Mit Muppets gegen Minen

Mit einer Bühnenshow und acht neuen Figuren wollen zwei Mitglieder des *Muppets*-Teams afghanische Kinder auf die Gefahren von Landminen aufmerksam machen, berichtete die BBC am 14. Oktober. Die Hilfsorganisation *War Child* hatte das Team engagiert, nachdem afghanische Kinder „wie verrückt“ auf eine *Muppets*-Puppe reagiert hatten, die ein Hilfsarbeiter mitgebracht hatte.

Tajikistan weist afghanische Flüchtlinge aus

Trotz gegenteiliger Versicherungen hat die tajikische Regierung im November nach UN-Angaben fünf weitere Afghanen ausgewiesen; weitere 30 Afghanen, darunter Kinder, seien in Dushanbe verhaftet worden. Nach der Repatriierung von 9.200 afghanischen Flüchtlingen im vergangenen Jahr leben jetzt noch 2.500 in der mittelasiatischen Republik.

men wurde. Die Entlassungen erfolgten nach einer in Afghanistan vielbeachteten Rede Karzais vor Richtern Ende Oktober in Kabul, die auch im Fernsehen übertragen wurde und in der er Militärkommandanten warnte, er werde den „Mißbrauch der Autorität“ nicht länger dulden.

Selbstkritik angemahnt

Die Kabuler Tageszeitung *Anis* hat am 18. November afghanische Regierungsbeamte aufgefordert, ihre Pflichten aus-

zuführen und nicht die internationalen Hilfsorganisationen für alle Probleme Afghanistans verantwortlich zu machen.

Loya Jirga-Delegierter weiter in Haft

Haji Ruhullah, ehemaliger Anführer einer wahhabitischen Gruppe und gewähltes Mitglied der *Emergency Loya Jirga* im Juni, wird wegen angeblicher Verbindungen zu Gulbuddin Hekmatyar seit August von US-Truppen in Afghanistan festgehalten. Mehrere afghanische Gruppen, darunter ein Zusammenschluß von Stammesräten in Ostafghanistan, beteuern seine Unschuld und verlangen seine Freilassung.

Afghanistan bei den Asienspielen

Wenig erfolgreich verlief das Debüt einer afghanischen Fußballauswahl bei den Asienspielen in Pusan (Südkorea): Sie verlor gegen Iran mit 0:10 und gegen Qatar und Libanon jeweils mit 0:11. Dafür holte Taekwando-Kämpferin Roya Zamani sogar eine Medaille - bei einem nur vierköpfigen Teilnehmerinnenfeld war allerdings jeder Kämpferin Bronze von Beginn an sicher.

Zurück aus Nauru

Eine Gruppe von 113 afghanischen Asylsuchenden kehrt nach australischen Regierungsangaben „freiwillig“ von der Pazifikinsel Nauru nach Afghanistan zurück, berichtet der Sender *ABC Australia*. Der Fall hatte im Frühjahr diesen Jahres mit der Irrfahrt der Afghanen durch den Südpazifik für weltweites Aufsehen gesorgt, weil Canberra es ihnen nicht erlaubte, in Australien zu landen.

Beinamputierte arbeiten als Fahrradkurier

14 Kriegsoffer, die ihre Beine verloren und nun Prothesen bekommen haben, eröffneten Ende November mit Unterstützung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Kabul den ersten Fahrradkurierdienst des Landes. Der Service soll ihnen und ihren Familien nun ein Einkommen sichern.